

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Alois Schroll,
Genossinnen und Genossen

eingebracht im Zuge der Debatte zu Top 4) Bericht des Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (1034 d.B.): Bundesgesetz über die Bewilligung des Bundesvoranschlages für das Jahr 2022 (Bundesfinanzgesetz 2022 – BFG 2022) samt Anlagen (1157 d.B.), zur Untergliederung 43 Klima, Umwelt und Energie

betreffend **Explodierende Strom- und Heizkosten: Teuerungsbremse für Österreich – jetzt!**

Wohnen, Heizen, der Einkauf im Supermarkt – das tägliche Leben in Österreich wird immer teurer, während die Einkommen sinken. Derzeit hat die Teuerung ein Ausmaß erreicht, das über normale Preisschwankungen hinausgeht. Das Einkaufen, das Wohnen, das Heizen, der Strom, das Autofahren – kurzum die wesentlichsten Bereiche des täglichen Lebens – sind zeitgleich von exorbitanten Preissteigerungen betroffen. Jetzt vor dem Winter ist zudem mit einer starken Preissteigerung bei Strom und Gas für alle Haushalte zu rechnen. Um die akuten Preissteigerungen für Österreichs Haushalte im Zaum zu halten, ist eine Teuerungsbremse bei Strom und Gas dringend nötig, da Expert*innen mit bis zu 500 Euro Mehrkosten für Familienhaushalte bei Strom und Gas im Jahr 2022 rechnen.

Je höher der Preis für Strom oder Gas, desto höher steigen die Einnahmen des Finanzministers aus der Mehrwertsteuer. Das bedeutet: Während das Leben für die arbeitenden Menschen in Österreich von Tag zu Tag teurer wird, schneidet Finanzminister Blümel bei jeder Teuerung mit. Statt das Teuerungsproblem für die Bevölkerung zu lösen, senkt die Regierung lieber die Gewinnsteuer für die Großkonzerne.

Während die Bundesregierung tatenlos zusieht, wie die Energiekosten dramatisch steigen, scheint die EU-Kommission das Problem der Teuerung erkannt zu haben und hat mit der „Toolbox“ bereits ganz konkret Vorschläge gemacht (u.a. Absenken der Mehrwertsteuer auf Energie oder direkte Zuschüsse) Während der Großteil der EU-Länder bereits entschlossen gegen die Energie-Teuerung vorgeht, steht Österreich im Abseits und wartet lieber weiter ab. Genau wie bei der Bekämpfung der COVID-Krise ist die Regierung unfähig rasche Maßnahmen zu ergreifen und setzt darauf, dass sich

das Problem von selbst erledigt. Im Bundesvoranschlag sind bislang keine Vorkehrungen für eine effektive Bekämpfung der Preissteigerung getroffen worden.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Teuerung bei Strom- und Heizkosten auszubremsen, in dem sie eine Halbierung der Mehrwertsteuer auf Strom und Gas und einen Winterzuschuss für niedrige Haushaltseinkommen in Höhe von 300 Euro als Teuerungsausgleich umsetzt.“



